

BLAUE RATHAUSPOST



**Unser Blick
auf die Stadtpolitik**

AfD FRAKTION
LEIPZIG





Liebe Leipziger,

die AfD-Fraktion Leipzig hat sich personell und inhaltlich deutlich verstärkt! Auf der Fraktionssitzung Mitte September 2025 wurde der parteilose und bisher fraktionslose Stadtrat Jürgen Butz offiziell in unsere Fraktion aufgenommen. Er ist Tischlermeister und verfügt über langjährige praktische Erfahrungen im Handwerk. Diese Expertise ist eine wertvolle Ergänzung für die wirtschaftspolitische Ausrichtung unserer Fraktion. Gerade vor dem Hintergrund der besonderen Bedeutung des Mittelstands und des Handwerks für die regionale Wirtschaft in Leipzig trägt Jürgen Butz dazu bei, die wirtschaftspolitischen Positionen der AfD-Fraktion weiter zu präzisieren und zu schärfen.

Mit nunmehr 13 Stadträten ist die AfD-Fraktion Leipzig die zweitstärkste Kraft im Leipziger Stadtrat. Die gesteigerte parlamentarische Präsenz verleiht der Fraktion

zusätzliches Gewicht und ermöglicht es, die Interessen ihrer Wähler noch wirkungsvoller zu vertreten. Die Fraktion sieht sich dadurch in einer guten Position, um wichtige Themen wie Wirtschaftsförderung, Infrastrukturentwicklung, öffentliche Ordnung und soziale Sicherheit konsequent voranzutreiben. Ziel ist es, die Herausforderungen der Stadt Leipzig konstruktiv und verantwortungsvoll anzugehen und nachhaltige Lösungen im Sinne der Bürger zu erarbeiten. Dabei setzen wir weiterhin auf eine partnerschaftliche Zusammenarbeit mit anderen kommunalen Akteuren.

Die Aufnahme von Jürgen Butz stellt einen bedeutenden Schritt für die AfD-Fraktion Leipzig dar und festigt ihre Rolle als relevanter politischer Akteur im Stadtrat. Wir blicken mit Zuversicht auf die künftige Zusammenarbeit und sind entschlossen, die Entwicklung Leipzigs aktiv mitzugestalten.

Irrweg Wärmewende!

Geht es nach den Plänen von Oberbürgermeister Burkhard Jung, soll Leipzig bei der Wärmewende zum Motor für den Umbau der Stadt für ganz Deutschland werden. Ein 100-Millionen-Euro-Pilotprojekt in der Südvorstadt-West soll als Testlauf für den großflächigen Fernwärmeausbau dienen. In den nächsten 20 Jahren kommen auf Leipzig dann jährlich 300 Mio. Euro zu!

Zur Erinnerung: Unsere Stadt hat aktuell ein Defizit von 100 Mio. Euro im Stadthaushalt, das noch auszugleichen ist. Nun sollen also intakte Straßen aufgerissen werden, tonnenweise Rohrleitungen verlegt werden und neue Umspannwerke entstehen. Das alles ist nicht umweltfreundlich oder gar – im neudeutschen Sprachgebrauch – „klimaneutral“. Die Rückzahlung müssen dann die angeschlossenen Fernwärmebezieher durch hohe Netzentgelte, Strom- und Fernwärmekosten leisten. Mehrfamilienhausbesitzer werden die Kosten für die einzubauenden Fernwärmestationen auf die Mieten umlegen und die Heizkosten steigen zusätz-



lich, weil die Kredite für die Investitionen in das kostspielige Ideologieprojekt abgezahlt werden müssen. Sozialverträgliche Politik sieht anders aus! Die AfD-Fraktion Leipzig wird alles dafür tun, dass unser Steuergeld nicht weiter in solche kontraproduktive Klimaprojekte versenkt wird. Die Wärmewende ist ein ideologischer Irrweg!

Stadion-Umfeld? So wird das nichts!

Die AfD-Fraktion Leipzig hat in der Mai-Sitzung des Stadtrates den Rahmenplan zum Umfeld der Red Bull Arena abgelehnt. Dafür gibt es viele Gründe, auch wenn wir dem Ziel, der Ausrichtung von Wettkämpfen im Zuge der Olympischen Spiele gegenüber grundsätzlich offenstehen. Allerdings fand das internationale Sport-Großereignis in der Vorlage kaum Erwähnung. Ein wichtiges Anliegen, nämlich der Erhalt der Kleinmesse und des Weihnachtszirkus an diesem oder ggf. anderem Ort, wurde nicht mit der gewünschten Sicherheit geklärt.

Der Nutzungsdruck – auch in den benachbarten Gebieten – wurde nur unzureichend behandelt.





Geld ist im kommenden Haushalt Leipzigs nicht vorhanden. Aber das, was nicht da ist, will die Stadtverwaltung jetzt mit vollen Händen ausgeben! Das ist die Logik von Zeitgenossen, die in erster Linie ideologiegetrieben handeln.

Seit 2012 ist die frühere Theaterspielstätte Skala in der Gottschedstraße 16 bereits geschlossen. Sechs Millionen Euro sollte die Sanierung des Altbaus noch vor einem Jahr kosten. Dann wurde die Summe nach oben korrigiert – auf mehr als das Doppelte: 13 Millionen Euro! Und auch diese Summe soll noch nicht das Ende der Fahnenstange sein. Denn einige Schäden am Gebäude haben sich erst bei genauerer Untersuchung gezeigt. Trotzdem hat die Stadt eine Baugenehmigung beantragt.

Es drohte sogar, dass unser Haushalt nicht genehmigt wird. In dieser Situation ein Gebäude sanieren zu wollen, anstatt es zu verkaufen, ist ein Skandal! Nach Vorstellung der Linkspartei sollen keine städtischen

Häuser verkauft werden, sondern alles in öffentlicher Hand bleiben – damit es weiter verfällt und alles bald wieder so aussieht wie 1989!

Klar ist: Als städtisch subventionierter Staatsbetrieb wird die kleine Bühne voraussichtlich nicht genug abwerfen, um eine kostendeckende Miete zu erwirtschaften. Das bedeutet: Auch nach der Sanierung wird das Ganze ein Zuschussbetrieb bleiben.

Im Rahmen der sozialistischen Kulturpolitik von Kultur-Bürgermeisterin Skadi Jennicke von der Linkspartei werden die vorhandenen Mittel rein ideologisch verwendet. Linke NGOs, wie beispielsweise der Projekt Verein e.V., welcher das Sozio-kulturelle Zentrum Conne Island im Leipziger Süden betreibt, werden weiterhin gefördert. Gespart wird dagegen bei Projekten kleiner Kulturvereine, die sich der Heimat- und Brauchtumspflege bzw. dem gesellschaftlichen Zusammenhalt in Stadtquartieren widmen.

AfD-Antrag umgesetzt:

Stadtordnungsdienst bekommt Schlagstöcke, Reizstoffsprühgeräte und Handfesseln!

Der Stadtordnungsdienst erfüllt hoheitliche Aufgaben zur Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung, zur Überwachung kommunaler Satzungen und Ordnungen und zur Kriminalprävention. Konkret treffen wir die Außendienstmitarbeiter des Stadtordnungsdienstes u.a. bei der Einhaltung der Polizeiverordnung der Stadt Leipzig und anderer Gefahrenabwehrvorschriften.

Der Stadtordnungsdienst muss technisch und organisatorisch in der Lage sein, auch kurzfristig auf Entwicklungen reagieren zu können und die notwendige Gefahrenabwehr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung gewährleisten zu können.

Leider sind die Außendienstmitarbeiter des Leipziger Stadtordnungsdienstes einem stetig zunehmenden Gefahren- und Aggressionspotenzial ausgesetzt. Hinweise des Stadtordnungsdienstes auf Fehlverhalten mancher Bürger oder Gäste werden nicht immer mit der nötigen Akzeptanz entgegengenommen – es kommt zu verbalen Entgleisungen, manchmal sogar zu Handgreiflichkeiten.

Im Februar 2024 hatten wir deshalb beantragt, dass der Oberbürgermeister auf Grundlage der Gemeindlichen-Vollzugsbediensteten-Verordnung den Vollzugsbediensteten der Polizeibehörde Leipzig die Befugnis erteilt, bei der Wahrnehmung ihrer polizeibehördlichen Vollzugsaufgaben auf Hilfsmittel zurückgreifen zu können.

Unser Antrag wurde seinerzeit zwar von Stadtrat und Verwaltung abgelehnt, aber nun doch umgesetzt. Der Stadtordnungsdienst der Stadt Leipzig erhält dieser Tage tatsächlich Schlagstöcke, Reizstoffsprühgeräte und Handfesseln!

Wir sind nach wie vor überzeugt: Die Ausstattung der Außendienstmitarbeiter des Stadtordnungsdienstes mit Hilfsmitteln kann den Eigenschutz erhöhen, aber auch ein respektvolles Interagieren zwischen Stadtordnungsdienst und der Bürgerschaft fördern. Nicht zuletzt wird damit auch dem sinkenden Sicherheitsgefühl vieler Leipziger entgegengewirkt!



Mehr Kfz – zu wenig Stellplätze



Der Stadtrat hat im Juni 2025 die Neufassung der Stellplatzsatzung, gegen die Stimmen der AfD-Fraktion Leipzig, beschlossen. Das Problem, dass in vielen Stadtteilen zu wenige Parkplätze vorhanden sind, wird dabei nicht berücksichtigt.

Leipzigs Bevölkerung wächst, die Zahl der Kraftfahrzeuge wächst, die Zahl der Berufspendler wächst, doch der öffentliche Nahverkehr ist für viele noch immer keine zuverlässige Alternative. Das private Kfz bleibt somit für viele Leipziger unverzichtbar. Die neue Stellplatzsatzung lässt unbeachtet, dass die Kommune selbst die Anzahl der Plätze im privaten und im öffentlichen Raum erheblich reduziert. Natürlich klagt mancher Bauherr oder Investor, dass dadurch

Baukosten oder Mieten teurer würden. Aber wir können die Immobilienwirtschaft nicht aus der Mit-Verantwortung für den öffentlichen Raum unserer Stadt entlassen – dessen Attraktivität ist ebenfalls ein Wert. Die Vermietung eines Stellplatzes, auch in einer Tiefgarage, kann durchaus kostendeckend erfolgen.

Die Aufgabe der Stellplatzsatzung ist es, den ruhenden Verkehr im öffentlichen Raum in einem für alle verträglichen Maß zu ordnen. Deshalb hat die AfD-Fraktion Leipzig beantragt, dass für jede neu entstandene Wohnung ein privater Stellplatz geschaffen wird, wie es die Landesbauordnung vorsieht. Dieser kann ersatzweise auch für Fahrräder genutzt werden.

Anwohner bei geplanter dauerhafter Umwandlung von Parkplätzen einbeziehen!

Fahrradbügel, Parklets, Blumenkübel, Car-sharing-Flächen, Stellflächen für Leihfahräder und Leihroller – in der gesamten Stadt schießen sie wie Pilze aus dem Boden, meist auf Kosten von Pkw-Stellplätzen.

Grundlage bilden in den meisten Fällen die Mobilitätsstrategie 2030, zahlreiche einzelne Stadtratsbeschlüsse, Petitionen und Beschlüsse zur Gewährung von Mitteln aus den Budgets der Stadtbezirksbeiräte. Leider werden die Anwohner der betroffenen Straßen offenbar vorab nicht ausreichend über die anstehenden Veränderungen informiert, was bisher zu zahlreichen Nachfragen bis hin zu hitzigen Debatten im Anschluss geführt hat.



Das Verkehrs- und Tiefbauamt erklärt uns, also der Stadtpolitik und den aufgebrachten Bürgern dann meist, dass es sich bei diesem oder jenem Vorhaben um eine Maßnahme zur Aufwertung des öffentlichen Raums oder zur Klimawandelanpassung handelt. Jeder kennt in diesem Zusammenhang das Vokabular der Stadtverwaltung in unzähligen Antwortschreiben zu Einwohneranfragen oder Petitionen. Das Kind ist dann aber oftmals schon in den Brunnen gefallen und der Parkplatz

vernichtet. Wo die privaten Pkw bei gleichzeitig schwindendem Parkraum abgestellt werden sollen, interessiert die Verwaltung nicht. Hauptsache man kann sich verwaltungsintern auf die Schulter klopfen, dass man wieder etwas für die sogenannte Verkehrswende getan hat. Ungünstig, wenn das umgesetzte Projekt von der Anwohnerschaft nicht so recht angenommen wird, etwa wenn die aufgestellten Fahrradbügel ständig frei sind, als Rankhilfe für Wildkräuter oder als Abfallsammelstelle dienen.

Es besteht also der dringende Verdacht, dass bei der Planung und Umsetzung so mancher Maßnahme zur „Aufwertung des Straßenraums“ weniger tatsächliche Bedarfe, dafür aber ideologische Motive – vorangetrieben von einer lauten Minderheit – im Vordergrund stehen. Hier sollte die Stadtverwaltung künftig mehr Vernunft an den Tag legen und Steuergeldverschwendung gezielt vermeiden!

Wir hatten deshalb beantragt, dass im Vorfeld der geplanten Einrichtung von Mobilitätspunkten, Carsharing-Flächen, Fahrradabstellanlagen, Parklets und Baumscheiben die Anwohner frühzeitig über die Anzahl der wegfallender Parkplätze in ihrer Straße – mittels Flugblatt, öffentlicher Aushänge und digitaler Kanäle – informiert werden. Weiterhin soll die Möglichkeit einer Beteiligung (Beschwerdemanagement) eingeräumt werden. Dieses Prozedere soll auch bei Straßenneu- und umbaumaßnahmen Anwendung finden.

Leider wurde unser Antrag von Linken, Grünen, SPD und auch dem BSW abgelehnt!

Temporäre Parkverbote für eine effiziente Straßenreinigung



Die Reinigungsteams der Stadtreinigung Leipzig stoßen regelmäßig bei der Ausführung ihrer Aufgaben auf erhebliche Hindernisse. So behindern parkende Fahrzeuge die effektive Reinigung von Straßen, was zu unvollständigen und ineffizienten Ergebnissen führt. Dies bedeutet nicht nur höhere Kosten und längere Reinigungszeiten, sondern auch ein erhöhtes Unfallrisiko durch unzureichend gereinigte Straßen. Zusätzlich leidet das Stadtbild, was sich negativ auf die Lebensqualität der Leipziger auswirkt.

Die AfD-Fraktion Leipzig hatte deshalb beantragt, zeitlich begrenzte Parkverbotszonen in Straßen mit wiederkehrender besonderer Verschmutzung einrichten zu lassen.

Durch die gezielte Einrichtung dieser Zonen können Reinigungsarbeiten effizienter und kostengünstiger durchgeführt werden. Dies führt zu sauberen und sicheren Straßen, da Abflussbereiche, Rinnen und Parkbuchten vollständig gereinigt werden. Obendrein kann durch eine Steigerung der Reinigungseffizienz die Umweltbelastung minimiert werden.

Festzustellen ist, dass die Städte Erfurt, Zwickau und Wiesbaden sehr gut mit diesem Modell arbeiten. Leider hat sich in der Ratsversammlung am 16. April 2025 keine Mehrheit für eine Optimierung der Straßenreinigung in Leipzig gefunden. Wir bleiben dennoch am Thema dran!

Impressum:

AFD-Fraktion Leipzig
Neues Rathaus · Martin-Luther-Ring 4-6
04109 Leipzig · Zimmer 178
Telefon: 0341 1232189
afd-fraktion@leipzig.de

www.afdfraktion-leipzig.de
facebook.com/afdfraktionleipzig
instagram.com/afd.fraktion.leipzig

V.i.S.d.P.:

Tobias Keller, Fraktionsvorsitzender

Bildnachweise:

S.2: ThomasWolter/pixabay.com, S.3 oben, S.5, S.6, S.7, S.8: Symbolbilder, erstellt mit Sora; S.3 unten: Stadt Leipzig; S.4: AfD-Fraktion Leipzig

Ausgabe 04/2025